

Stephan Braun · Alexander Geisler · Martin Gerster (Hrsg.)

Strategien der extremen Rechten

Stephan Braun
Alexander Geisler
Martin Gerster (Hrsg.)

Strategien der extremen Rechten

Hintergründe – Analysen – Antworten



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

Lektorat: Frank Schindler

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-15911-9

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

- Die extreme Rechte. Einleitende Betrachtungen 9
Stephan Braun, Alexander Geisler und Martin Gerster

I. Strukturen und strategische Grundlagen

- Rechtsextreme Ideologien, strategische Orientierungen und Gewalt 21
Hajo Funke

- Die zwei Gesichter des Rechtsextremismus in Deutschland – Themen,
Machtressourcen und Mobilisierungspotentiale der extremen Rechten 45
Sebastian Edathy und Bernd Sommer

- Geländegewinne? Versuch einer (Zwischen-) Bilanz rechtsextremer Erfolge
und Misserfolge 58
Dierk Borstel

II. Strategieberichtungen

Politik und Parteien

- Die „alte“ und die „neue“ NPD
Eine vergleichende Betrachtung zu Gefahrenpotential und Profil 77
Armin Pfahl-Traugber

- Das Viersäulenkonzept der NPD 92
Christoph Schulze

- Die Deutsche Volksunion und die Republikaner: Vergleichende Betrachtungen zur
Entwicklung und zum ideologischen Profil 109
Steffen Kailitz

- Antisislamischer Rechtspopulismus in der extremen Rechten – die „PRO“-Bewegung
als neue Kraft? 130
Alexander Häusler

- „Sozialismus ist braun“: Rechtsextremismus, die soziale Frage und
Globalisierungskritik 148
Thomas Grumke

Kultur und Medien

- Zwischen Freizeit, Politik und Partei: RechtsRock 163
Martin Langebach und Jan Raabe
- Fußball als Extrem-Sport – Die Unterwanderung des Breitensports als
 Strategieelement der extremen Rechten 189
Alexander Geisler und Martin Gerster
- Rechtsextremistinnen heute – Aktuelle Entwicklungen und Fallbeispiele 208
Ellen Esen
- „Auf kommunaler Ebene Ausgrenzung unterlaufen“
 Kommunale Dominanzbemühungen der NPD in Regionen von
 Mecklenburg-Vorpommern 230
Andreas Speit
- Immobilienkäufe durch Rechtsextremisten 245
Andrea Röpke
- Widerstand und Provokation: Strategische Optionen im Umkreis des „Instituts für
 Staatspolitik“ 259
Helmut Kellershohn
- Virtuelle Gegenöffentlichkeit und Ausweg aus dem „rechten Ghetto“ 290
Thomas Pfeiffer
- Strategische Rückgriffe der extremen Rechten auf Mythen und Symbole 310
Georg Schuppener
- Übernahme von Ästhetik und Aktionsformen der radikalen Linken – Zur Verortung
 der „Autonomen Nationalisten“ im extrem rechten Strategiespektrum 332
Jan Schedler

Recht und Verfassung

- Die Rechte und das Recht 358
Rudolf Kleinschmidt
- Rechtsanwälte der extremen Rechten 378
Stephan Braun und Anton Maegerle
- Die Funktion von Holocaustleugnung und Geschichtsrevisionismus für die
 rechte Bewegung 404
Wolfgang Benz

Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindschaft für die
rechtsextreme Bewegung 419
Rainer Erb und Michael Kohlstruck

Zwischen Feindbild und Partner: Die extreme Rechte und der Islamismus 440
Claudia Dantschke

International

Die Internationale der Nationalisten: Verbindungen bundesdeutscher
Rechtsextremisten – am Beispiel von NPD/JN – zu Gleichgesinnten in ausgewählten
osteuropäischen Staaten 461
Anton Maegerle

Kooperationsbestrebungen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien im
Europa-Parlament 474
Martin Schulz

III. Antworten und Gegenstrategien

Politik und Parteien

Rechtsextreme in Kommunalparlamenten am Beispiel der NPD in der
Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick 491
Matthias Schmidt

Einschränkung rechtsextremer Handlungsräume – Möglichkeiten und Grenzen
des Verwaltungsrechts 507
Rainer Litten

Von der Projektarbeit hin zur institutionalisierten Arbeit 526
Fritz Rudolf Körper

Durch Intervention zum Ausstieg 538
Frank Buchheit

Kultur und Medien

Programme und Projekte gegen Rechtsextremismus vor Ort – das Fallbeispiel
Wurzen 549
Miro Jennerjahn

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Fußballumfeld – Herausforderungen
für die Prävention 564
Gunter A. Pilz

Pädagogische Reaktionen auf Antisemitismus <i>Micha Brumlik</i>	579
Multimedialer Hass im Netz – Vorschläge zum medienpädagogischen Umgang mit rechtsextremen Web-Inhalten <i>Stefan Glaser</i>	588
Bloggen gegen Rechts vs. Wortergreifung 2.0 <i>Patrick Gensing</i>	603
Argumentative Handlungsfähigkeit trainieren <i>Carl Chung und Ann-Sofie Susen</i>	618
Recht und Verfassung	
Rechtliche Möglichkeiten gegen Rechtsextremismus im Internet <i>Thomas Günter</i>	631
Die Republik braucht keine Nazis. Ein Plädoyer für die wehrhafte Demokratie <i>Holger Hövelmann und Martin Krems</i>	646
IV. Anhang	
Personenregister	659
Sachregister	665
Autoren und Herausgeber	675

Die extreme Rechte. Einleitende Betrachtungen

Stephan Braun, Alexander Geisler und Martin Gerster

„Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus prägen das Weltbild einer Minderheit von Jugendlichen; in einigen Gebieten fällt deren Anteil allerdings alarmierend hoch aus“ (Baier et al. 2009: 13).

Die Gefahr von rechts steigt. Im März 2009 legt das kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen eine Studie vor. Danach hatten 4,9 Prozent der befragten 15-jährigen Jungen (und immerhin 2,6 Prozent der Mädchen) angegeben, Mitglied einer rechtsextremistischen Kameradschaft oder Gruppe zu sein.¹ Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, dessen Haus die Untersuchung in Auftrag gegeben hat, zeigt sich „erschrocken“. Kaum einen Monat später muss er einen weiteren traurigen Rekord bestätigen: So wurde im Vorjahr mit 31.801 Straf- und Gewalttaten ein neuer Höchststand im Feld politisch motivierter Kriminalität erreicht. Das gilt vor allem für den Bereich des Rechtsextremismus, der mit rund 22.400 Delikten und einem Anstieg von rund 16 Prozent zu Buche schlägt. Zwei Menschen verloren nach Angaben des Innenministeriums auf Grund politisch rechts motivierter Gewalt 2008 ihr Leben.² Opferverbände sprechen von 140 Todesopfern durch rechte Gewalt seit 1990.

Diese Trends sind nicht nur Folgen wachsender allgemeiner gesellschaftlicher Fehlentwicklungen und zunehmender „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer). Vielmehr ist darin auch das Ergebnis strategischen Wirkens gesellschaftlicher Kräfte zu sehen, die sich aktiv bemühen, eine Normalisierung rechtsextremer Denk- und Handlungsweisen herbeizuführen.

Rechtsextremismus präsentiert sich heute als planvoll ausgestaltete Erlebniswelt, deren Angebote passgenau auf die Bedürfnisse einer in sich heterogenen, jungen Zielgruppe zugeschnitten sind. Die Szene hat das Web 2.0 für sich entdeckt, ihr Medienangebot umfasst längst Musik, Comics und Computerspiele. Gleichzeitig versuchen Parteien wie NPD und DVU, sich durch gezielte Absprachen aus dem Dilemma der Zersplitterung des „rechten Lagers“ zu lösen. Den Weg in die gesellschaftliche Mitte will eine „Neue Rechte“ ebnen, deren radikalste Protagonisten daran arbeiten, die Grenzen zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus zu verwischen und den Meinungenstenor gesellschaftlicher Diskurse nach rechts außen zu verschieben.

Dieser Band greift Tendenzen wie diese auf und widmet sich den Strukturen und Vorgehensweisen der extremen Rechten. Dabei werden bewusst die unterschiedlichen Perspektiven der akademischen und praktischen Auseinandersetzung mit dieser heterogenen Strömung aufgegriffen und Gegenstrategien angesprochen, die sich im Umgang mit den unterschiedlichen Teilen dieses Spektrums bewährt haben. Der Band bezieht dabei unterschiedliche, zum Teil sogar kontroverse Standpunkte aus Wissenschaft, Publizistik, der politi-

1 Vgl. Baier et al. 2009.

2 http://www.bmi.bund.de/cln_104/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2009/04/entwicklung_politisch_motivierte_kriminalitaet.html (abgerufen am 21.4.2009).

schen Praxis und der Zivilgesellschaft ein. Gerade in der Vielfalt der Zugänge kristallisiert sich ein Gesamtbild heraus, das den schwer zu fassenden Kern des strategischen Wirkens der extremen Rechten deutlich hervortreten lassen sollte.

I. Strukturen und strategische Grundlagen

Der erste Teil des Sammelbandes analysiert Strukturen und strategische Grundlagen der extremen Rechten.

Hajo Funke widmet sich der Entwicklung von Ideologien, strategischen Orientierungen und Gewalt in den verschiedenen Bewegungen der extremen Rechten in Deutschland. Dabei zeichnet er die Entwicklungsströmungen vor und nach der Wiedervereinigung Deutschlands bis in die Gegenwart nach.

Sebastian Edathy und *Bernd Sommer* identifizieren zwei Strömungen der extremen Rechten in Deutschland und untersuchen deren Themen, Machtressourcen und Entwicklungspotentiale.

Erfolge und Misserfolge des modernen Rechtsextremismus werden im folgenden Beitrag bilanziert. *Dierk Borstel* stellt die Frage nach rechtsextremistischen Geländegewinnen. Er überprüft, wie weit demokratische Strukturen in konkreten Fällen Opfer extrem rechter Agitation werden.

II. Strategieanalysen

Die Analyse der Strategien der extremen Rechten steht im Fokus des zweiten Gliederungsabschnitts der Publikation. Neben Überblicksartikeln liefern Fallstudien einen konkreten Blick auf bestimmte Strategiephänomene.

Politik und Parteien

Zunächst beschäftigen sich die Autoren mit der politischen Ebene. *Armin Pfahl-Traugher* widmet sich der „alten“ und der „neuen“ NPD und analysiert das Profil und das Gefahrenpotential der rechtsextremistischen Partei von ihrer Gründung im Jahre 1964 bis in die heutige Zeit.

Dem klassischen Dreisäulenkonzept der NPD – „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Parlamente“ – wurde 2005 von der Partei ein zusätzliches Element hinzugefügt: der „Kampf um den organisierten Willen“. *Christoph Schulze* beleuchtet in seinem Beitrag das so entstandene Viersäulenkonzept der NPD.

Im Gegensatz zur NPD, haben die Republikaner und die DVU starke Rückgänge in der Wählergunst verkraften müssen. *Steffen Kailitz* untersucht die Entwicklung beider Parteien an der und abseits der Wahlurne. Der Autor stellt Gemeinsamkeiten wie Unterschiede vor und untersucht das Verhältnis von REPs und DVU zur NPD im Zuge des so genannten „Deutschlandpakts“.

Mit antiislamischem Rechtspopulismus beschäftigt sich der Artikel von *Alexander Häusler*. Er skizziert am Beispiel der Moscheebaudebatten der „Bürgerbewegung Pro Köln“ und anderer „Pro“-Ableger die Entstehung einer neuen politischen Bewegung.

Dass rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien bzw. Wählervereinigungen zunehmend die Themenbereiche Globalisierungskritik und die soziale Frage für sich entdecken und instrumentalisieren, weist *Thomas Grumke* nach. Er klärt auch die Frage nach den Beweggründen, die hinter dieser Erweiterung des Themenspektrums stecken.

Kultur und Medien

Daran schließen sich Strategieanalysen im Bereich Kultur und Medien an.

Martin Langebach und *Jan Raabe* untersuchen das Phänomen des Rechtsrock als eine eigenständige Bewegung von rechts außen. Die Autoren stellen verschiedene Strömungen in der rechten Musikszene vor, berichten über Konzerte und Szenetypisches und diskutieren die Einflussnahme von Seiten der rechtsextremen Parteien auf den Rechtsrock.

Beim Fußball liegt die Wahrheit bekanntlich auf dem Platz – beim Thema Rechtsextremismus aber auch häufiger auf den Rängen eines Fußballstadions oder auf der Aschenbahn einer Kreisligaspielstätte. Denn vermehrt wird der Lieblingssport der Deutschen von Rechtsextremisten als Einfallstor missbraucht. *Alexander Geisler* und *Martin Gerster* richten ihren Blickwinkel auf die Instrumentalisierung des Massenphänomens Fußball durch den organisierten Rechtsextremismus.

Die rechtsextreme Szene wird zwar weitgehend von Männern dominiert, von Frauen aber nachhaltig mitbestimmt. *Ellen Esen* beschäftigt sich mit Frauen und Mädchen als Akteurinnen der extremen Rechten, liefert verschiedene Fallbeispiele und warnt davor, die Bedeutung von Frauen in der extremen Rechten zu unterschätzen.

Ein zentrales strategisches Ziel der NPD ist es, ihr extremistisches Gedankengut unter dem Anschein der „Normalität“ im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Besonders in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands arbeitet sie an der Schaffung von so genannten „National befreiten Zonen“. *Andreas Speit* schildert in seiner Reportage die Situation vor Ort in Mecklenburg-Vorpommern.

Wird das scheinbare oder tatsächliche Interesse der NPD an einer leerstehenden Immobilie öffentlich, so ist der Aufschrei in der Öffentlichkeit groß. *Andrea Röpke* richtet ihren Blick auf Immobiliengeschäfte durch und Immobilienbesitz von Rechtsextremisten. In diesem Zusammenhang beleuchtet sie auch die Rolle des Hamburger Neonazis Jürgen Rieger.

Einen Brückenkopf zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus stellt *Helmut Kellershohn* vor. Der Fokus seines Beitrags liegt auf dem „Institut für Staatspolitik“ – von der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zu einer Art „Reemtsma-Institut von rechts“ hochstilisiert³ – und der publizistischen Tätigkeit im Umfeld der neurechten Einrichtung.

Schon längst ist der deutsche Rechtsextremismus im digitalen Zeitalter angekommen, kaum eine Gruppierung der Szene verzichtet auf den eigenen Internetauftritt. Mehr noch: Das Internet gewinnt für den deutschen Rechtsextremismus zunehmend an strategischer Bedeutung wie *Thomas Pfeiffer* in seinem Beitrag darlegt. Dabei spielt die Konstruktion einer virtuellen Gegenöffentlichkeit eine entscheidende Rolle.

Runen, Symbole und andere Anleihen an die germanische Mythologie sind eng mit Teilen der extrem rechten Szene verknüpft. *Georg Schuppener* beschäftigt sich mit der Frage, welche strategische Rolle der gezielte Rückgriff auf Mythen und Symbole unter anderem für die Identitätsstiftung im Rechtsextremismus spielt.

3 Vgl. Junge Freiheit 7/00: 5.

Schwarz gekleidet, verumumt und militant – schwarze Blöcke so genannter „Autonomer Nationalisten“ sind bei rechtsextremen Aufmärschen keine Seltenheit mehr. Dabei bedienen sie sich in abgewandelter Form der Kleidung, Symbole und Aktionsformen linker Gruppierungen. *Jan Schedler* analysiert in seinem Beitrag, welche Bedeutung dieser Gruppierung in der extrem rechten Szene zukommt.

Recht und Verfassung

Die Strategieforschungen werden mit Untersuchungen zum Bereich Recht und Verfassung abgeschlossen.

Rudolf Kleinschmidt untersucht das Verhältnis der extremen Rechten in Deutschland zum bundesdeutschen Rechtsstaat und zur Gerichtsbarkeit. Er thematisiert unterschiedliche Einrichtungen der Rechtshilfe für Mitglieder der extrem rechten bzw. rechtsextremen Szene und widmet sich auch den Prozessstrategien.

Die Rechtsanwälte der extremen Rechten stehen im Mittelpunkt der Untersuchung von *Stephan Braun* und *Anton Maegerle*. Die beiden Autoren stellen exemplarisch Juristen vor, die sich vielfach, beispielsweise als Anwälte, Funktionäre oder Ideengeber in der rechten Szene engagieren.

Der Versuch, die deutsche Geschichte durch revisionistische Berichterstattung zu „entkriminalisieren“, ist in den Reihen der extremen Rechten alles andere als ein Einzelfall. *Wolfgang Benz* untersucht dieses Phänomen und erläutert die strategische Funktion von Geschichtsrevisionismus und von Holocaustleugnung für die extreme Rechte.

Rainer Erb und *Michael Kohlstruck* liefern hierfür eine weitere Ergänzung. In ihrem Beitrag analysieren sie die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit für die rechtsextreme Bewegung.

Antisemitismus und Antiamerikanismus gehören zum Portfolio der gemeinsamen Feindbilder von Rechtsextremisten und Islamisten. Zuweilen wird offen über eine mögliche Zusammenarbeit beider Lager diskutiert. *Claudia Dantschke* geht der Frage nach, ob es sich hierbei um Einzelfälle oder um die strategische Suche nach neuen Bündnispartnern handelt.

International

Rechtsextremistisches Gedankengut macht nicht an den Schlagbäumen der Grenzen halt. So national gesinnt ihre Ideologien auch sein mögen. Die Vertreter der extremen Rechten unterhalten rege Kooperationen mit Gleichgesinnten in anderen Staaten.

Anton Maegerle stellt Beispiele von Verbindungen deutscher Rechtsextremisten ins Ausland vor. Er konzentriert sich vor allem auf die Zusammenarbeit der NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) mit Rechtsextremisten in Osteuropa.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Bündnisse rechter Parteien gibt es auch auf Ebene der Europäischen Union. *Martin Schulz* berichtet über den Umgang und Erfahrungen mit der ultrarechten Fraktion im Europaparlament.

III. Antworten und Gegenstrategien

Im dritten Teil des Herausgeberbandes wird nach möglichen Gegenstrategien und Antworten auf die Strategien der extremen Rechten gefragt.

Politik und Parteien

Der Kommunalpolitiker *Matthias Schmidt* berichtet über seine eigenen Erfahrungen im Umgang mit der rechtsextremen NPD in der Berliner Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick.

Rainer Litten lotet die Grenzen des Verwaltungsrechts zur Einschränkung rechtsextremer Handlungsräume aus. Er verweist auf Möglichkeiten, rechtsextremistischen Parteien, Vereinen und Organisationen im Rahmen des geltenden Rechts Einhalt zu gebieten.

Zivilgesellschaftliche Ansätze der Präventions- und Aufklärungsarbeit gegenüber rechtsextremen Einstellungen – von der Projektarbeit bis zur institutionalisierten Arbeit – werden im Beitrag von *Fritz Rudolf Körper* aufgegriffen. Wegen des gesamtstaatlichen Interesses an der Bekämpfung des Rechtsextremismus plädiert der Autor dafür, vorhandene Potentiale besser zu bündeln, überschaubarer zu machen und auszubauen.

Mit der konkreten Möglichkeit zum Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene beschäftigt sich *Frank Buchheit*. In seinem Beitrag stellt der Autor die Arbeit der im Jahre 2001 gegründeten baden-württembergischen „Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus“ (BIG Rex) vor.

Kultur und Medien

Beratung, Präventionsarbeit und Ausstiegshilfen müssen dort greifen, wo sie benötigt werden – vor Ort. In einem konkreten Fallbeispiel blickt *Miro Jennerjahn* auf die sächsische Kleinstadt Wurzen. Er berichtet über die rechte Szene vor Ort und stellt die Arbeit gegen den Rechtsextremismus in Wurzen vor.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf und abseits der Spielfelder der deutschen Fußballligen sind längst kein Einzelfall. Damit beschäftigt sich auch *Gunter A. Pilz*, der sich in seinem Artikel verstärkt Gedanken über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Prävention macht.

Micha Brumlik stellt die Frage, wie und ob antisemitischen Einstellungen und Ressentiments mittels pädagogischer Arbeit erfolgreich begegnet werden kann. Dabei wirft er einen genauen Blick auf inner- und außerschulische Bildungsarbeit, Jugendarbeit und politische Bildung.

Das Internet hat sich zu einer beliebten Propagandaplattform für rechtsextremistische Inhalte entwickelt. Der auf zahlreichen Seiten angebotene multimediale Hass ist eine ernstzunehmende Bedrohung für Kinder und Jugendliche. *Stefan Glaser* beschäftigt sich mit dem Problem des Jugendschutzes und unterbreitet Vorschläge zum medienpädagogischen Umgang mit extrem rechten Internetangeboten.

Gegen derartige Angebote im Internet hat sich ein breites Spektrum von Projekten etabliert. *Patrick Gensing* stellt mit NPD-BLOG.INFO eines dieser Angebote näher vor, das in Form eines Blogs über Aktivitäten und Strategien von Rechtsextremisten berichtet.

Eine funktionierende Demokratie braucht argumentativ handlungsfähige Demokraten, um gegen rechte Agitation und Propaganda gewappnet zu sein. *Carl Chung* und *Ann-Sofie Susen* präsentieren ein Modell für ein Gesprächs- und Verhaltenstraining gegen rechtsextreme Erscheinungsformen.

Recht und Verfassung

Die Attraktivität des Mediums Internet zur Verbreitung von, teilweise illegalen, rechtsextremen Inhalten, ist ungebrochen. Dabei ist das world wide web alles andere als ein rechtsfreier Raum. *Thomas Günter* stellt die wesentlichen rechtlichen Regelungen zum Rechtsextremismus im Internet vor, weist auf medienrechtliche Verfahren gegen Urheber rechtsextremistischer Inhalte hin und zeigt, dass auch gegen Angebote aus dem Ausland rechtlich vorgegangen werden kann.

Ein Appell für ein NPD-Verbot schließt den Sammelband ab. *Holger Hövelmann* und *Martin Krems* plädieren für ein neues Verbotverfahren im Sinne der wehrhaften Demokratie.

Die Problematik des Extremismusbegriffs

Der Extremismusbegriff ist hart umkämpft. Oft lässt rhetorischer Pulverdampf die inhaltlichen Konturen der Begrifflichkeiten verschwimmen.

So sieht sich beispielsweise Andreas Molau keineswegs als Rechtsextremisten: „Mit ‚radikal‘ kann ich mich anfreunden“⁴, so der Vorsitzende der „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GfP), der zeitweise als aussichtsreicher Anwärter auf den NPD-Vorsitz gehandelt wurde. Rechtsextremismus stellt für ihn einen „Kampfbegriff“ dar, den er konsequent ablehnt. Die Verfassungsschutzbehörden werten das anders: Sie bezeichnen die GfP als die größte rechtsextreme Kulturvereinigung in Deutschland. Die NPD markiert für sie den Kern des politischen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. NPD wie GfP stehen stellvertretend für unterschiedliche Strategiesegmente eines ideologischen Spektrums und für dessen personelle und institutionelle Vernetzung.

Das Beispiel illustriert, dass der disparate Rechtsextremismusbegriff auch deshalb so umstritten ist, weil er Grenzlinien markiert, innerhalb derer sich die Teilnehmer des pluralistischen Diskurses bewegen können, ohne mit schwer wiegenden gesellschaftlichen Sanktionen rechnen zu müssen. Als extrem eingestufte Positionen unterliegen einer besonders kritischen Beobachtung durch die Öffentlichkeit und werden – sofern sie die demokratische Grundordnung in Frage stellen und zu überwinden trachten – mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft. Auch abseits der direkt betroffenen politischen Spektren ist der Begriff umstritten, da ihm das Risiko innewohnt, zur Marginalisierung politisch missliebiger Ansichten instrumentalisiert zu werden.

Für den Begriff der extremen Rechten gilt deshalb das Fazit, das Klärner und Kohlstruck für den Umgang mit Rechtsextremismus ziehen: „Eine reflektierte Betrachtung der Entwicklung der Rechtsextremismusforschung hat deshalb die Verwendung des Ausdrucks

⁴ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=2682:molau-mit-radikal-kann-ich-mich-anfreunden-&catid=115:bundespartei&Itemid=384 (abgerufen am 21.04.2009).

Rechtsextremismus analytisch zu unterscheiden von den Phänomenen und der sozialen Praxis, die damit bezeichnet werden.“ (Klärner/Kohlstruck 2006: 14).

Wer sich auf diesem Feld bewegt, operiert unausweichlich mit Begriffen, die sowohl mit kontroverser wissenschaftlich-analytischen als auch konfliktträchtigem politischen Gehalt aufgeladen sind. Entscheidend ist deshalb, die politischen Aspekte für die Begriffswahl offen zu legen und den analytischen Mehrwert des Konzeptes „extreme Rechte“ zu begründen.

Wer ist die extreme Rechte?

Die extreme Rechte umfasst im vorliegenden Werk die Akteure und Institutionen des deutschen Rechtsextremismus im Sinne des Verfassungsschutzes ebenso wie das rechtsradikale Spektrum und jene Teile der intellektuellen „Neuen Rechten“, die verfestigte inhaltliche und strukturelle Bindungen an diese Kreise vorweisen und durch ihre Aktivitäten gezielt zur Verbreitung der im sozialwissenschaftlichen Sinne rechtsextremen Ideen beizutragen suchen. Das extrem rechte Spektrum wird hierbei insgesamt im Sinne der Bewegungsforschung interpretiert, wobei die extreme Rechte als soziale Bewegung die „Neue radikale Rechte“ (vgl. Minkenberg 1998) und das in Teilen mit ihr vernetzte extremistische Spektrum umfasst. Diese Perspektive bietet sich vor allem deshalb an, weil sie am ehesten in der Lage ist, die seit den 1980er Jahren zu beobachtenden Modernisierungsphänomene der gewählten Aktions- und Organisationsformen sowie der dahinter stehenden Ideologieelemente zu erfassen und weil sie der Heterogenität der unterschiedlichen Akteure am besten Rechnung trägt (vgl. Klärner/Kohlstruck 2006: 30 f.).

Abbildung 1: Differenzierungen des rechten Spektrums

	demokratische Rechte	extreme Rechte	
Ausrichtung	(wert)konservativ	rechtsradikal	rechtsextremistisch (im Sinne des Verfassungsschutzes)
	Neue Rechte		
Argumentationen	Zuwanderungsskeptisch „traditionelles“ Familienverständnis kulturell orientierter Patriotismus („Leitkulturdebatte“)	ethnopluralistisch demokratiemäßig xenophob islamophob nationalistisch historisch relativistisch	kämpferisch antidemokratisch offen rassistisch antisemitisch/ antiislamisch völkisch-nationalistisch offen revisionistisch
mögliche Strategien	Rechtspopulismus rechte Globalisierungs-/Modernisierungskritik Anleihen aus dem politischen linken Spektrum		

Unter sozialen Bewegungen sind dabei gesellschaftliche Strömungen zu verstehen, die von gemeinsamen Ideen und Vorstellungen getragen werden. Sie wirken als Sammelbecken für

höchst unterschiedliche Menschen, die sich in vielfältigen Aktions- und Organisationsformen zusammenfinden. Hinter diesen Zusammenschlüssen steht jedoch das gemeinsame Ziel, grundlegende soziale Veränderungen herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen (vgl. Raschke 1988).

Abbildung 1 verdeutlicht das von den Herausgebern gewählte analytische Modell. Es soll zur Differenzierung unterschiedlicher Nuancen der deutschen Rechten dienen und eine Diskussionsgrundlage für eine klarere begriffliche Trennung zwischen den in diesem Band angesprochenen Phänomenen, Akteuren und Strategien bieten.

Der Strategiebegriff

Geht man von Ansätzen aus, die den modernen Rechtsextremismus als bewegungsmäßig (vgl. Klandermanns/Meyer 2006) organisierte soziale Strömung begreifen, rückt notwendigerweise der Strategiebegriff in den Mittelpunkt der Betrachtung. Wir orientieren uns hierbei an Richard Stöss:

„Die Strategien des Rechtsextremismus erstrecken sich zum einen auf die Popularisierung seiner Ziele und zum anderen auf entsprechende taktisch-organisatorische Gesichtspunkte. Zur Popularisierung der Ziele werden in der Regel Kampagnen durchgeführt, womit notwendigerweise taktische Überlegungen verbunden sind, wie die vorhandenen Ressourcen effektiv für die Gefolgschaftswerbung eingesetzt und wie Bündnispartner gewonnen werden können“ (Stöss 2005: 29).

Es fällt auf, dass sich die radikale Rechte durch Protest gegen (vermeintliche) Schattenseiten gesellschaftlicher Modernisierung eine Vergrößerung der eigenen Mobilisierungspotentiale zu versprechen scheint. Auf Grund ihrer anhaltenden Ressourcenschwäche ist jedoch nur von einer begrenzten Strategiefähigkeit auszugehen (vgl. Benthin 2004: 249). Dennoch erfreuen sich gerade im rechtsradikalen Milieu jene Handlungsmuster besonderer Beliebtheit, die unter dem Etikett des Rechtspopulismus diskutiert werden. Entsprechende Ansätze zeigen sich sowohl bei der Übernahme globalisierungskritischer Argumentationsmuster als auch in zunehmenden Anleihen an die Protestkultur politisch linker Gruppierungen.

Wir danken den Autorinnen und Autoren des Bandes für ihre ausgiebige Recherche, ihre klaren Analysen und manch hilfreiche Anmerkung. Dem VS Verlag für Sozialwissenschaften, insbesondere Frank Schindler, danken wir für die Anregung zu diesem Band, die konstruktive Begleitung und die zügige Umsetzung des Projekts. Dank sagen wir Helmut Neumann und Jan-Dirk Rausch für ihre hilfreichen juristischen Ratschläge, Margret Chatwin für ihre wertvollen Ideen und Anregungen. Ein besonderer Dank gilt Madeleine Dölker, Beate Klein, Christopher Haag und Hannes Munzinger als unersetzlichen Hilfen bei der Editorialarbeit. Ohne sie alle wäre der Band so nicht möglich gewesen.

Literatur

- Baier Dirk/Pfeiffer, Christian/Simonson, Julia/Rabold, Susann (2009): Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum Gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. Hannover.
- Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (2007): Die „Junge Freiheit“ der „Neuen Rechten“. Bundes- und landespolitische Perspektiven zur „Jungen Freiheit“ und den Medien der „Neuen Rechten“. In: Braun, Stephan/Vogt, Ute (Hg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden: 15-42.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin.
- Jesse, Eckhart (2007): Die unterschiedliche Wahrnehmung von Rechts- und Linksextremismus. In: Hans Seidel Stiftung (Hg.): Themenheft: Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich. Politische Studien. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, H.1., Jg. 58: 8-17.
- Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (2006): Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: dies. (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn: 7-43.
- Klandermans, Bert/Meyer, Nonna (2006): Right-wing extremism as a social movement. In: dies. (Hg.): Extreme Right Activists in Europe. Through the magnifying glass. New York: 3-16.
- Pfahl-Traughber, Armin (2006⁴): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. München.
- Pfahl-Traughber, Armin (2004): Die „Umwertung der Werte“ als Bestandteil einer Strategie der „Kulturrevolution“. Die Begriffsumdeutung von „Demokratie“ durch rechtsextremistische Intellektuelle. In: Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden: 73-94.
- Pfeiffer, Thomas (2004): „Unsere Waffe ist das Wort“. Neue Rechte: Avantgarde und Ideologieschmiede des Rechtsextremismus. In: Braun, Stephan/Hörsch, Daniel (Hg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr. Wiesbaden: 27-34.
- Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin.

I. Strukturen und strategische Grundlagen

Rechtsextreme Ideologien, strategische Orientierungen und Gewalt

Hajo Funke

1 Einleitung: Spannungen im Rechtsextremismus – und Ausweitung der rechtsextremen Gewaltbewegung in Deutschland¹

Am 14. Februar 2009 haben 8400, vor allem deutsche, Rechtsextreme in Dresden mit der seit 1945 größten rechtsextremen Demonstration unmissverständlich gezeigt, dass sie da sind: eine ideologisch fanatisierte, jederzeit gewaltbereite Bewegung, die allein in Deutschland auf Zehntausende nicht nur jugendlicher Sympathisanten zählen kann. Die Regie führten Neonationalsozialisten aus den Freien Kameradschaften und der NPD. Auch wenn ihr Arm (noch) nicht bis ins nationale Parlament reicht, war er dennoch gefährlich genug, noch am gleichen Tag gewerkschaftliche Gegendemonstranten auf einem Autobahnparkplatz bei Jena zu verletzen.

Das bisherige Gravitationszentrum des deutschen Rechtsextremismus, die NPD, wurde allerdings in 2008 und im beginnenden Wahljahr 2009 von finanziellen Skandalen und Flügelkämpfen erschüttert. Dabei geht es neben den finanziellen Skandalen, die auch dem Parteivorsitzenden zugerechnet werden, vor allem um taktische Differenzen: Wieweit kann man sich das Bild eines sozialen Biedermanns verordnen, ohne die nationalrevolutionäre Identität einer Partei, die das Vierte Reich will, infrage zu stellen oder sogar aufzugeben? Die Öffentlichkeit würde sich täuschen lassen, wenn aus der Imagekampagne der Rechtsextremen auf ihre ideologische Ausrichtung und ihre politische Praxis geschlossen werden würde. Im Gegenteil. Zusammen mit den Freien Kameradschaften hat die NPD, auch mithilfe von Wahlkampagnen und der Ansprache sozialer Ängste und regionaler Probleme, eine rechte Alltagskultur in vielen Regionen Ostdeutschlands und inzwischen auch bestimmten – wengleich isolierten – Teilen Westdeutschlands etabliert. Nach wie vor werden tradierte völkische und rassistische Botschaften verbreitet.

Noch einmal ist 2008 die Zahl der offiziell registrierten rechtsextremen Gewaltstraftaten, die sich seit inzwischen vier Jahren auf hohem Niveau bewegen, auf weit über 1000 angestiegen. Dabei ist eine erhebliche Dunkelziffer gar nicht eingerechnet. Mit vier 2008 von Rechtsextremen verübten Morden ist deren Zahl seit der politischen Einigung Deutschlands auf über 140 gewachsen.

Die im März 2009 veröffentlichte Studie des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen „Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt“ (Dirk Baier, Christian Pfeiffer u. a. 2009) hat neue ernst zu nehmende Erkenntnisse gebracht. Sie hat auf der Basis von insgesamt 44.610 im Durchschnitt fünfzehnjährigen Schülern ermittelt, dass

1 Dieser Text greift passagenweise auf Hajo Funke: *Paranoia und Politik*. Berlin 2002 sowie die mit Lars Rensmann und Hans-Peter Waldhoff für die SPD Bundestagsfraktion erstellte Studie: *Rechtsextremismus in Deutschland – Eine Handreichung*. Berlin: SPD-Bundestagsfraktion, 2005 zurück.

14,4 Prozent als sehr ausländerfeindlich, weitere 26,2 Prozent als eher ausländerfeindlich gelten.

3,8 Prozent der fünfzehnjährigen Jugendlichen sind danach Mitglieder einer rechten Gruppe. Das wären nach Schätzungen etwa 30.000 aller fünfzehnjährigen in Deutschland. Man wird davon ausgehen müssen, dass ähnliche Ergebnisse auch für die 16- bis 18-jährigen ermittelt werden würden. Ihre Zahl ist unter männlichen Jugendlichen, an Hauptschulen und Förderschulen vergleichsweise höher und in Ostdeutschland und Süddeutschland (4,5 und 4,4) höher als in West- und Norddeutschland. Von den 4,3 Prozent, die eine rechtsextreme Straftat begangen haben, haben drei Viertel der Befragten keine Sanktionen von staatlichen Kontrollinstanzen erfahren. Nur ein Viertel sind angezeigt und die entsprechenden Gesetzesverstöße von den Behörden bearbeitet worden – ein drastischer Verweis auf das Ausmaß der Dunkelziffer von entsprechenden Straftaten.

Die Studie mit ihren „erschreckenden“ Ergebnissen (Wolfgang Schäuble, der diese Studie für das Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben hat) zeigt erstmalig repräsentativ, dass wir es mit einer rechtsextremen Jugendbewegung zu tun haben, die in der Regel attraktiver scheint als ein Engagement in demokratischen Parteien. Zigtausende sind Sympathisanten oder Aktive dieser rechtsextremen Subkultur, die trotz aller Bemühungen ungebrochen im Trend liegt.

Als zweiter erschreckender Faktor zur Kennzeichnung des heutigen Rechtsextremismus kommt hinzu, dass dieser subkulturelle Rechtsextremismus weithin von neonationalsozialistisch eingestellten Kadern aus den sog. Freien Kameradschaften, den besonders gewalttätigen autonomen Nationalisten und der ebenfalls neonazistischen NPD beeinflusst wird. Diese Mischung von Neonazismus, Milieuverankerung und Gewaltbereitschaft finden wir in keinem westeuropäischen Land der Europäischen Union in vergleichbarem Ausmaß.

Im Folgenden geht es um die *ideologischen und politischen Entstehungsbedingungen* dieses Rechtsextremismus seit den achtziger Jahren in Westdeutschland und vor allem nach der deutschen Einigung (Teil 2). Im Teil 3 steht die Frage im Mittelpunkt, in welchem Verhältnis diese ideologischen und strategischen Orientierungen zu den *kulturellen, sozialen und politischen Resonanzböden* stehen, die zu den Erfolgen, zugleich aber auch zu den Grenzen des heutigen Rechtsextremismus in Deutschland beitragen. Teil 4 beschreibt den *Etablierungsprozess der subkulturellen rechtsextremen Bewegung* und die vielfältigen Wege der Jugendlichen in diese Szenen. Ein zentrales Resultat dieses Prozesses besteht in *Ideologie und Gewalt* einer neonazistischen Partei, der *NPD*, die ihrerseits diesen Prozess zu beschleunigen und auszuweiten versucht (Teil 5). Eine *Strategie zur Eindämmung des Rechtsextremismus* (Teil 6) ist ohne eine angemessene Erörterung seiner Ursachen kaum geeignet, gegen die bisher ungebrochenen rechtsextremen Tendenzen in Deutschland anzugehen.²

2 Im Zentrum des Rechtsextremismus in allen seinen Varianten und Denktraditionen stehen politische Orientierungen 1) des (völkischen) Nationalismus, 2) des (rassistischen) Freund-Feind-Denkens und 3) des (antidemokratischen) Autoritarismus, das heißt der Sehnsucht nach einer autoritären Ordnung und Gewalt gegen die, die abweichen von der selbstgesetzten Norm. Die Rechtsextremismusforschung geht zur Erklärung vom Zusammenwirken langfristiger gesellschaftlicher und kurzfristiger situativer Faktoren aus. Sie ist sich weitgehend darin einig, dass Rechtsextremismus Resultat einer Wechselwirkung solcher Faktoren ist (vgl. et al. Stöss 1993) und sich die Existenzbedingungen des Rechtsextremismus nur multifaktoriell erklären lassen“ (Stöss 1993:40). Für den Rechtsextremismus neuen Typs wäre es von Bedeutung, folgende Aspekte und ihre Interaktion aufeinander bezogen zu untersuchen:

1) längerfristige mentale Traditionen und ihr Niederschlag in kulturellen Praktiken, Habitus und Codes und deren Institutionalisierungen in Gesellschaft und Politik: Also etwa Einflüsse der politischen Kultur wie die

2 Entstehungsbedingungen des heutigen Rechtsextremismus. Zwischen ideologischer Modernisierung und Radikalisierung

Die ideologische Modernisierung, Anpassung und Flexibilisierung der extremen (neuen) Rechten geht auf Debatten zurück, die nicht zuletzt in den 1980er Jahren in Westdeutschland geführt worden waren. Denn Anfang der 1980er Jahre zeichneten sich neue politisch-kulturelle Konstellationen ab. Intensive Debatten, zum Beispiel um die TV-Ausstrahlung der „Holocaust“-Serie 1979 (Die Geschichte der Familie Weiß), machten deutlich, wie kontrovers und brüchig nach wie vor die Auseinandersetzung um die Folgen des Nationalsozialismus für die bundesrepublikanische Gesellschaft war. Nationalkonservative wie Franz Josef Strauß oder Alfred Dregger plädierten dafür, „aus dem Schatten Hitlers herauszutreten“ und „wieder normal zu werden“ (Lynen van Berg 2000: 430). Schließlich forderte Helmut Kohl, seit 1982 Bundeskanzler, eine „geistig-moralische Wende“, die sich auch gegen die Phase demokratischer und sozialer Reformen in der sozialliberalen Ära wenden sollte. Dann folgten symbolische Politiken der „Renormalisierung“ der deutschen Geschichte, etwa Kohls Besuch der SS-Gräber von Bitburg mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan.

geistesgeschichtliche Ablehnung demokratischer Ideale, obrigkeitstaatliche Staatsbezüge, konformistische Untertanenmentalität, die Traditionen der Konfliktvermeidung und vorurteilsanfällige Freund-Feind-Schematisierungen sowie militaristische Orientierungen – Dimensionen, die mit den von Adorno diagnostizierten autoritätsgebundenen Dispositionen, die er als wesentlich für die Moderne erachtet, korrespondieren. (Historik und Kultur)

2) gesellschaftliche Desintegrationsprozesse einschließlich Prozesse sozialer Anomie, nicht zuletzt gravierende Umbrüche und Transformationsprozesse: der Zerstörung alter Strukturen und darauf bezogener Normen; fehlende Internalisierung und Institutionalisierung neuer sozialer Normen und die prekären sozialen und politischen Folgen solcher Desintegrationserfahrungen (Sozio-Ökonomie).

3) die Stabilität beziehungsweise Wandel des politischen Systems und seiner Legitimität, einschließlich der Politik zur Frage der Menschenrechte und zum Verhältnis zwischen Majorität und Minderheiten (Politik und Politische Sphäre)

4) das „Angebot“ rechtsextreme Ideologien und Netzwerke, Organisationen und Diskurse; und deren Interaktion.

Diese Aspekte ließen sich in Fortführung kritisch-theoretischer und politisch-psychologischer Ansätze als Kriterien einer erweiterten kritischen politischen Kulturforschung begreifen. Kritisch-theoretische Ansätze werden insofern fortgeführt, als fundamentale gesellschaftliche Erfahrungen sozialer Restriktionen und sozialer Anomien ebenso Gegenstand der Analyse sind wie die Interaktion dieser gesellschaftlichen Prozesse mit autoritären Traditionen in Gesellschaft und Politik und autoritärer Dispositionen in den Individuen. Ein politisch-kultureller Forschungsansatz ist es insofern, als diese autoritären Traditionen und Mentalitäten im Verhältnis zu nationalen, lokalen, politischen Chancen und Grenzen demokratischer Partizipation analysiert werden müssen. Eine politisch-psychologische Perspektive hätte eine solche Forschungsperspektive in dem Maße, in dem die in Geschichte, Gesellschaft und Politik angelegten und mobilisierten autoritären Dispositionen, entsprechende autoritäre Praktiken rechtsextremer Bewegungen und autoritäre Dispositionen in den Individuen aufeinander bezogen analysiert werden. Die Fragen: Warum so? Warum jetzt? Warum in diesem Ausmaß? können erst in dem Maße, in dem ein Phänomen wie eine rechtsextreme Eskalation im jeweiligen Kontext verstanden wird, annähernd beantwortet werden. Erst auf dieser Grundlage mag es angeraten sein, einen Vergleich mit anderen Phasen und Wellen des Rechtsextremismus oder einen internationalen Vergleich vorzunehmen – im Bewusstsein der jeweiligen sozialen, ökonomischen, politischen und vor allem politisch-kulturellen Differenzen. Aus dieser historisch-soziologischen und politisch-kulturellen Perspektive ergibt sich die Notwendigkeit, die jeweiligen einzelwissenschaftlichen Methoden auf die historischen Konstellationen zu beziehen und anzuwenden. Wenn es richtig ist, daß der Entwicklungsstand der Demokratie sich immer auch in der „Faktizität des und im Umgang mit dem [...] Rechtsextremismus“ erweist, dann ist eine solchermaßen kritische Wissenschaft eben auch „demokratietheoretische Wissenschaft“ (vgl. Dudek/Jaschke 1984: 15). Beschäftigung mit Rechtsextremismus ist vor diesem angesprochenen Hintergrund „immer auch Demokratietheorie in praktischer Absicht.“

Diese politisch-kulturelle Konstellation und sozial-ökonomische Risiken vermehrter Arbeitslosigkeit und eines beschleunigten sozialen wie technologischen Wandels hielten für die extreme Rechte günstige Rahmenbedingungen bereit. Hierbei kritisierte sie, dass die „geistig-moralische Wende“ nur halbherzig formuliert und durchgesetzt worden sei. Vor allem aber dürfte es für die neue Mobilisierung rechtsextremen Potenzials und die Entwicklung eines rechtsextremen Schubes seit Mitte der 1980er Jahre von entscheidender Bedeutung gewesen sein, dass die Themen „Ausländer“ und „Asylanten“ auch regierungsseitig populistisch aufgegriffen worden sind. In für die extreme Rechte bekömmlicher Schärfe hatte der damalige Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) schon zu Beginn der 1980er Jahre von der „ethnischen Homogenität der deutschen Nation“ gesprochen, die es gegenüber den Einwandernden zu mobilisieren gelte.

Im (Rechts-)Populismus der extremen Rechten wurde die Agitation gegen „Ausländer“ zu einem zentralen Mittel eines neuen völkischen Nationalismus. Den 1983 als Abspaltung der CSU gegründeten *Republikanern* gelang es unter Schönhuber, zu erheblichen Landtagswahlerfolgen – in Bayern, in Baden-Württemberg und 1989 auch in West-Berlin – zu kommen (vgl. Funke 1989). Mit etwas subtileren Formulierungen als bei den traditionellen Parteien der extremen Rechten – DVU und NPD – ging es den „Republikanern“ um die gleiche rechtsextreme Kernideologie: einen als „Ethnopluralismus“ verpackten Rassismus und völkischen Nationalismus; eine antisemitisch getönte Abwehr, den jüdischen Repräsentanten im Nachkriegsdeutschland ein Mindestmaß an Respekt zu zollen; die Forderung nach Deutschland in der Größe des Jahres 1937 wie die „Befreiung vom Büberhemd“.

Neben der neuen Partei der *Republikaner* entwickelte sich nun auch eine breitere öffentliche Resonanz neu-rechter und rechtsradikaler Positionen – insbesondere um die zunächst von den *Republikanern* gegründete und später unabhängig agierende *Junge Freiheit*. Weitere Medien und öffentlich einflussreiche Akteure verstanden sich als „Neue Rechte“ und gaben sich zugleich demokratisch, wie die Gruppe um Rainer Zitelmann im Ullstein-Verlag. Schließlich versuchte die militante Avantgarde eines Neonationalsozialismus der neuen Generation mit spektakulären öffentlichen Aktionen, Aufmerksamkeit zu erreichen.

2.1 „Innovationen“ der neuen Rechten. Kampf um kulturelle Hegemonie

Die neue Rechte hatte ihren Ursprung im Frankreich des Jahres 1968 – als Gegenreaktion auf den Pariser Mai in einer Gruppe von Rechtsintellektuellen, der es zunächst darum ging, das Theoriedefizit der Rechten zu beheben. Denn, so ihr heute wohl prominentester Vertreter Alain de Benoist, „ohne präzise Theorie kein wirksames Handeln.“ Der Erfolg einer Revolution sei auch abhängig von ihrem metapolitischen Umfeld, das heißt die revolutionäre Idee müsse eine „kulturelle Hegemonie“ innerhalb einer Gesellschaft errungen haben, bevor sie politische Wirklichkeit werden kann. Eine Übernahme der politischen Macht sei nicht ohne vorhergehende Übernahme der kulturellen möglich (vgl. Seferens 1996: 276ff.).

Die „neue Rechte“ konzentrierte sich vor allem darauf, das kulturelle Klima in ihrem Sinne zu verändern, um „die Mentalität der Epoche [...] mit einer neuen politischen Botschaft kompatibel zu machen“. Hierzu haben Benoist und Armin Mohler ihre Strategien, der eine in Frankreich, der andere in Deutschland, aufeinander abgestimmt – um so die konservativ-revolutionäre Tradition der zwanziger Jahre mit der Neuformulierung einer gegenauflärerischen und antiliberalen Machtstrategie, die auf die gegenwärtigen Verhält-

nisse der westeuropäischen Demokratien abgestimmt ist, zu verbinden. In der Kampfarena eines „Kulturkrieges“ in der intellektuellen Öffentlichkeit versucht die „neue Rechte“, virulente Themen aufzugreifen und mit Inhalten aus dem eigenen ideologischen Fundus – eines geschichtsbewussten, substanzialistischen Nationalismus und eines nach außen und gegenüber Fremden abwertenden Verhaltens – zu besetzen. Dabei sind Brückenschläge ins rechtskonservative Lager, aber auch gegenüber Linksalternativen und Jugendkulturen Absicht. Bei aller Flexibilität und auch Camouflage behält die „neue Rechte“ den Sturz der liberaldemokratischen Ordnung als ihrem Hauptfeind als strategisches Endziel stets im Auge (vgl. ebd.).

Eine der Innovationen ist der Austausch des Begriffs der Rasse, der für die alte Rechte kennzeichnend war, durch den der Kultur. Die *Substanzialisierung von Kultur* (Geschichte, Sprache ...) gehört zu einem Wesensmerkmal der neuen Rechten. Im ethnozentrisch definierten Kulturbegriff lebt das Paradigma der alten Rechten weiter. Kultur wird verstanden als autoritäre Setzung totalisierender Sinnentwürfe, die das kollektive Schicksal eines Volkes darstellen. Kultur ist „ethnisch und homogen“, der Einzelne partizipiert an ihr dadurch, dass er an den „Mythen der Abstammung, Sprache, Geschichte [...]“ (Terkessides 1995: 75) des Volkes teil hat, in das er hineingeboren wurde.

Sein Profil gewinnt dieser Kulturbegriff aus den vermeintlichen *Bedrohungsszenarien*, von denen er sich absetzt:

- der Verfallsgeschichte der Moderne, der liberalen Demokratie, des Liberalismus, des Westens insgesamt,
- dem Chaos der Partikularinteressen, dem „nihilistischen Suizid“ der modernen Dekadenz,
- der Selbstauflösung der modernen Gesellschaft im Multikulturalismus der Parallelgesellschaften,
- der Vergangenheitsbewältigung, die mit dem Nationalsozialismus vermeintlich auch den gesamten Nationalismus, Geschichte und Substanz, eben die deutsche Identität selbst „national-masochistisch“ und „selbstunterwerfend“ zersetze.

So ist in Deutschland durch diese *Kulturalisierung der Politik* eine Verschiebung des eigentlich Politischen der neuen Rechten versucht worden, das Stigma der Täternation von Deutschland abzuwenden und sich selbst als Kulturnation zum Opfer umzudefinieren. Danach ist das deutsche Kollektiv Opfer der Umerziehung, der „68er“ und auch derjenigen Täter des Nationalsozialismus, die die deutsche Kultur und Geschichte gefährdeten. So wie die prekäre Vergangenheitsbewältigung die Identität gefährde – stellten ebenso die beschworene Multikulturalität und die Konfrontation mit „Fremdem“, die deutsche Identität zur Disposition. Obwohl diese Debatte längst auch in Deutschland Fuß gefasst hatte, sollte sie erst mit dem Fall der Mauer erhebliche Erfolge mit der „Rückkehr in die Geschichte“ zur „selbstbewussten Nation“ der „89er“ erfahren.

2.2 „Junge Freiheit“ (JF)

Für die „neue Rechte“ sind Aufstieg und Taktik der „Jungen Freiheit“ von einiger Signifikanz. Mitte der 1980er Jahre gegründet, suchte sie sich zur rechten „taz“ zu entwickeln. Sie

betrieb mit dem Konzept einer rechten Hegemoniestrategie ein Brücken- und Sammelkonzept, das junge Redakteure aus der Burschenschaft mit rechtsextremen Strategen wie Armin Mohler oder Franz Schönhuber verband. Man suchte den Kontakt zu Konservativen und zu Linksalternativen – selbst zur PDS. Ein beträchtlicher Teil der Redakteure kam aber auch aus der extremen, zum Teil nationalen revolutionären Rechten wie der Zeitung „Wir selbst“ (so Sven Thomas Frank) oder aus der später verbotenen Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP) wie Michael Krämer (vgl. Wippermann 1995). Statt der Organisierung in einer Partei sah die JF den Aufbau eines weit gefächerten Netzes von Zirkeln und sogenannten Denkfabriken vor: Das Zentrum kann nicht eine Partei sein, „sondern ein vielfältiges, politisches, kulturelles und publizistisches ‚Kapillarsystem‘“ (Weißmann), durch das „konservative Vorstellungen in breite Schichten sickern können“ (Dieter Stein, zitiert nach Jost Wippermann: 1995: 168).

Die „Junge Freiheit“ zielte auf:

- „Nationalrevolutionäre“, wie sie sich in den achtziger Jahren um Michael Kühnen gruppierten und Ende der 90er Jahre von den „Jungen Nationaldemokraten“ der NPD vor allem im Osten Deutschlands organisiert werden (vgl. weiter unten),
- ins rechte Spektrum abgewanderte ehemalige Linke beziehungsweise Linksalternative wie Henning Eichberg oder Horst Mahler und unter Umständen Teile der PDS, an die sie jedenfalls strategische Interessen richten,
- die Epigonen Carl Schmitts, welche insbesondere im autoritären starken Staat ihre rechtsextreme Zielvorstellung erblicken.

Ein Bezugssystem der „Jungen Freiheit“ wie der neuen Rechten insgesamt war lange Zeit hierbei nach wie vor die sogenannte *konservative Revolution der Weimarer Republik*. Sie waren geistige Vorbereiter der nationalsozialistischen Revolution des Jahres 1933 und deswegen eigentlich ebenso belastet wie die Nationalsozialisten selbst. Als Gegenbewegung zur französischen Revolution glaubten sie, die Menschheit solle zu ihren angeblich von Natur aus gegebenen Werten zurückkehren. Statt des Massenglücks gehe es um das Recht der Volksgemeinschaft, um die Wiedererrichtung jener „elementaren“ Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit Natur und Gott verliere und keine wahre Ordnung aufbauen könne; statt der Gleichheit um die innere Wertigkeit und die soziale Gesinnung des gerechten Einbaus in die gestufte Gesellschaft (so Edgar Jung, zitiert nach Wippermann, ebd.). Für Jung ist die „Konservative Revolution“ „eine deutsche Revolution“.

Es gehört zu den erstaunlichsten Phänomenen in der Debatte um die „neue Rechte“, mit welcher Chuzpe und teilweisem Erfolg die „neue Rechte“ so tut, als bezöge sie sich mit ihrem Rückgriff auf die konservativen Revolutionäre der Weimarer Republik auf honorige und überdies intellektuelle Größen, die die wichtigsten ideologischen Wegbereiter des Nationalsozialismus repräsentieren: Oswald Spengler, Hans Freyer, Carl Schmitt, Martin Heidegger oder Ernst Jünger und Moeller van den Bruck. Armin Mohler, ehemaliger Sekretär Ernst Jüngers, Freund des Neurechten Alain de Benoist, Biograph der antidemokratischen konservativen Revolution und selbst erklärter Faschist, im Sinne von José Antonio Primo de la Rivera, hatte dieses Manöver nicht unklug eingefädelt. Enttäuscht über die Lahmheit der Konservativen in Deutschland, ihren Mangel an aggressivem Nationalismus und ihre ewige „Rücksicht auf Hitler“ hatte er zunächst geglaubt (nicht ohne Weitsicht), dass das

Asylthema eines sei, mit der eine „populistische Rechte stark“ gemacht werden könne. Aber mehr noch war es Armin Mohler um ideologische Aufrüstung gegangen, dazu hatte er sich im „Nasenring“ allerdings dazu verstiegen, die Massenvergasung von Juden in Auschwitz anzuzweifeln.³

So war es schon geschickter, als Armin Mohler der neuen Rechten in Deutschland empfahl, sich ein Beispiel an Alain de Benoist, dem Führer der Nouvelle Droite zu nehmen, nicht auf eine eigene rechtsextreme Partei zu setzen, sondern im politisch kulturellen System ihre Ideologien flexibel zu verbreiten und insbesondere die Vertretung der Gegenaufklärung, der konservativen Revolution, dazu als Bezugsquelle zu nutzen, also, Carl Schmitt, Ernst Jünger oder Moeller van den Bruck. Eine Strategie allerdings, die Armin Mohler einst seinerseits seinem Zögling Alain de Benoist nahegelegt hatte und die der gleiche Mohler nun, geschickterweise französisch frisiert, als „neue“ rechte Ware nach Deutschland reimportierte (vgl. Assheuer 1992). Umfrisiert und modernisiert werden musste vor allem zweierlei: der direkte Bezug zum Nationalsozialismus und der zum klassischen Rassismus und Antisemitismus der dreißiger Jahre.

So heißt es, wie oben beschrieben, heute nicht mehr Rassismus, sondern *Ethnopluralismus*, wenn mit einem „Nationalismus auf Gegenseitigkeit“ (vgl. Assheuer 1992) Deutschland den Deutschen, die Türkei den Türken zugewiesen und von der Identität, Unberührbarkeit und Fixiertheit der jeweiligen nationalen Kulturen gesprochen wird. Alain de Benoist, dem Patrick Moreau die rassistische Seite des Ethnopluralismus, seiner Abwertung von Schwarzen nachgewiesen hat, definierte diesen Ethnopluralismus gleich als Antirassismus, sowohl schon 1993 wie erneut 1998 in der „Jungen Freiheit“. Diese Varianten ethnopluralistischer Argumentationen sind inzwischen in ihrem rechtspopulistischen Potenzial in Deutschland wie in westeuropäischen Ländern, etwa in der islamophoben Kampagne gegen den Islam als solchen, von zentraler praktischer Bedeutung geworden. (Vgl. insgesamt den instruktiven Sammelband: Braun, Stephan/Vogt, Ute (Hg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Wiesbaden 2007)

Inzwischen tobt ein *Streit innerhalb der neuen Rechten* darum, wie man klugerweise an rechtskonservative Positionen andockt und auf sie Einfluss nimmt. Während ein Teil auch ehemaliger Autoren der Jungen Freiheit wie Götz Kubitschek, aber auch JF-Autor Karl-Heinz Weißmann an dem tradierten Konzept der neuen Rechten festhält, versucht die gegenwärtige Redaktionsleitung der Jungen Freiheit diesen Begriff abzuschütteln, umso weniger angreifbar zu erscheinen, kämpft jedoch gleichermaßen gegen die vermeintliche Vorherrschaft eines Multikulturalismus und plädiert für einen für einen geschichtsbewussten Ethnonationalismus der deutschen Nation und verklärt dazu Widerständler des nationalkonservativen Lagers wie Stauffenberg zu Säulenheiligen.

2.3 Rechtsextremismus neuen Typs seit 1989

Mit der Wende 1989 entstand für die extreme Rechte eine Situation, in der sie sowohl das Asylthema wie die nationale Vereinigung als Herausforderung für eine gegenwärtig noch andauernde Phase eines *Rechtsextremismus neuen Typs* nutzen konnte. Es waren weniger die etablierten rechtsextremen Wahlparteien – so wichtig deren Agitation auch war –, die Erfolge erzielten, sondern jene bis 1989 randständigen, radikalen und kompromisslosen

3 Mohler, Armin (1989): Der Nasenring. Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung. Essen.

Neonationalsozialisten um Michael Kühnen und Christian Worch, die für die seit Mitte der 1980er Jahre entwickelte Neonazi-Szene in der DDR (vgl. Wagner 1998) an Einfluss zunahmen. Sie nutzten ihre Kontakte mit Akteuren der Neonazi-Szene in der DDR und etablierten rasch eine Reihe neonazistischer Formationen wie die „Deutsche Alternative“, die „Nationale Offensive“ und die „Gesinnungsgemeinschaft der ‚Neuen Front‘“ (GdNF) als eine halbgeheime Dachorganisation.

Diese Etablierung gelang, weil schon in der DDR etwa seit Mitte der 1980er Jahre in rechten Jugendszenen die Bereitschaft zur Gewalt etabliert war. Skinheads und „Faschos“ hatten sich in einer Reihe von Bezirks- und Kreisstädten gegenüber nicht-rechten Jugendszenen oft auch mit Gewalt durchsetzen können. Sie waren zunehmend populär geworden, als das DDR-System immer weiter an Legitimation und Attraktivität gerade bei Jugendlichen einbüßte.

Die neuen, neonazistisch beeinflussten Netzwerke konnten hierbei gerade in Ostdeutschland an konservierte Traditionen eines fremdenfeindlichen Autoritarismus anknüpfen. In der DDR hatte es kaum Chancen zur individuellen Verarbeitung der Identifizierung mit dem Nationalsozialismus gegeben, so dass solche Identifizierungen und entsprechende Ideologien zwar unterdrückt, aber gerade in den Nischen der Gesellschaft, im privaten Raum der Familie, bei den Großeltern oft sehr präsent waren.

Hinzu kam eine diskriminierende Praxis der staatlichen Behörden gegenüber den Vertragsarbeitern – etwa gegenüber Vietnamesen oder Mosambiquanern. Je mehr das DDR-System an Legitimität verlor, desto stärker war der autoritäre Druck gerade unter Jugendlichen, in der vielfach schon eingeübten Fremdenfeindlichkeit ein Ventil zu suchen.

Zu den ökonomisch-sozialen Erschütterungen durch Währungsunion und Treuhandpolitik Anfang der 1990er Jahre kamen politisch-institutionelle Enttäuschungen, die für viele auch mit der Wiedervereinigung verbunden waren. Entwertungserfahrungen trugen zur Überlastung von Familien bei und verstärkten diese dort, wo autoritäre Erziehungsstile ohnehin verbreitet waren. Sie trugen zur Abweisungs- und Verwahrlosungserfahrungen bei Kindern bei, die alsbald von den sich kaum gehindert ausbreitenden rechtsradikalen Szenen angeworben und angezogen wurden.

Bereits etablierte rechtsextrem orientierte Milieus konnten sich, auch vor dem Hintergrund negativ wirkender „Asyl-“ und „Ausländer-Debatten“ (der Höchststand rechtsextremer Gewalttaten war zur Zeit der großen „Asyldebatte“ 1992; FAZ, 2.8.2000) nach 1990 vielerorts stabilisieren. Kader, Parteien und Organisationen bemühten sich relativ erfolgreich, gerade unter Jugendlichen aufkeimende gesellschaftliche Vorurteile aufzugreifen und politisch zu radikalisieren. Auch im Westen wurde darüber hinaus „rechts“ zu sein zu einer Lifestyle-Strömung in Teilen der Jugendkultur – im Bruch mit den jugendkulturellen Oppositionsformen vergangener Jahrzehnte.

3 Resonanzböden in Ost und West – und Etablierung eines neuen Rechtsextremismus

3.1 Längerfristige fremdenfeindliche Einstellungsdispositionen seit den neunziger Jahren

Die extreme Rechte greift unbearbeitete gesellschaftliche Vorurteile auf und verstärkt sie. Mit dem Blick auf empirische Untersuchungen zu politisch-sozialen Einstellungen, Werten

und Mentalitäten offenbart sich, wie weit der Rechtsextremismus in Teilen einen gesellschaftlichen Rückhalt besitzt bzw. inwiefern er ein soziales Problem ist.

Hierbei gibt es freilich spezifische Ausprägungen *bei jungen Leuten*. Gerade diejenigen jungen Menschen, die überhaupt keinen Kontakt zu Immigranten haben, sind besonders fest davon überzeugt, dass schon zu viele Zuwanderer im Land leben. Circa 60 Prozent der westdeutschen, gar 71,1 Prozent der männlichen ostdeutschen Jugendlichen hielten den Ausländeranteil laut der Shell-Jugendstudie (2000) in Deutschland für zu hoch. Dabei beträgt der Anteil von Nichtdeutschen in den neuen Ländern im Schnitt 2 Prozent. Über 40 Prozent bekannten sich nach Sturzbecher (2000) als fremdenfeindlich und knapp 30 Prozent der männlichen 12- bis 14-Jährigen stimmten teilweise oder ganz der Aussage zu, Ausländer dürften „geklatscht und rausgehauen“ werden. Fast jeder dritte Wähler unter 30 wählte 1998 in Sachsen-Anhalt, dem Bundesland mit dem geringsten Ausländeranteil (1,5 Prozent), die rechtsextreme DVU, die ihren Wahlkampf mit rassistischer und antisemitischer Propaganda bestritt. Die DVU erreichte hier 12,9 Prozent und war unter den Jungwählern die stärkste Partei (vgl. die tageszeitung, 27.4. 2000). Die fremdenfeindlichen Einstellungskomplexe gehen oft einher mit sozial-darwinistischen Gesellschaftsbildern, in denen Jugendliche ihre Erfahrungen bestätigt sehen. Dass sich „der Stärkere durchsetzt“ glaubten schon 1997 mehr als die Hälfte der von Sturzbecher (1997) befragten Brandenburger Jugendlichen.

Ganz ähnlich die Ergebnisse der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen von März 2009 (Baier 2009): Danach werden glatte 40 Prozent der 15-jährigen als ausländerfeindlich beurteilt; zwei Drittel behaupten, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gebe.

Das *ausländerfeindliche und chauvinistische Einstellungspotenzial* unter Erwachsenen erfreut sich ebenfalls einer hohen Zustimmung (vgl. Brähler/Decker: 2008). Die Ausländerfeindlichkeit⁴ hat sich von 26,9 Prozent (2002) auf 21,2 Prozent (2008) verringert, ist im Osten Deutschlands aber von 30,2 Prozent auf 32,6 Prozent leicht gestiegen. Besonders weit ist sie unter den über 60-jährigen mit 26,3 Prozent und bei Arbeitslosen mit 40,8 Prozent verbreitet.⁵

Was den Antisemitismus anlangt, so zeigt sich auch hier eine leichte Absenkung von 9,3 Prozent im Jahr 2002 auf 9,0 Prozent im Jahr 2008 – sowie ein leicht höherer Anteil im Westen mit 9,3 Prozent (2008). Mit 16,6 ist er in Bayern am weitesten verbreitet; dem folgen Baden-Württemberg mit 13,3 Prozent, Thüringen mit 12,9 Prozent und Nordrhein-Westfalen mit 9,8 Prozent. Er ist bei den über sechzigjährigen mit 10,6 Prozent und bei den Arbeitslosen mit 8,5 Prozent verbreitet.

Dieses rechtsautoritäre Einstellungssyndrom ist lange Zeit nicht frontal von der politischen Klasse und der Öffentlichkeit angegangen worden.

Zu gesamtgesellschaftlich verbreiteten fremdenfeindlichen Einstellungen treten besondere historische und politisch-kulturelle Aspekte in den fünf neuen Ländern, die als Spezi-

4 Die abgefragten Dimensionen zur Ausländerfeindlichkeit lauten: 1) Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen. 2) Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken. 3) Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

5 Auch länderspezifisch zeigen sich erhebliche Differenzen: ausländerfeindlich sehen sich 39,3 Prozent in Sachsen-Anhalt, 39,1 Prozent in Bayern, 34,6 Prozent in Brandenburg und 32,2 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern – während die Zustimmung zur Ausländerfeindlichkeit in Stadtstaaten weit unter die 20 Prozent Marke sinkt.

fikum zum ostdeutschen Rechtsextremismus beigetragen haben und die besondere Dimension der Xenophobie im Osten erklären helfen.

Bisher ist allerdings unzureichend erforscht, wie weit der autoritäre Konformismus die DDR-Gesellschaft bestimmt hat. Sicher ist, dass von einer Entfaltung der Individualität im DDR-System ebenso wenig die Rede sein konnte wie von einer auf Streit und Kompromiss ausgerichteten liberalen pluralen Kultur.

Dies hat tiefgreifende gesellschaftliche Nachwirkungen für die Substanz der demokratischen Gesellschaft. Zur Veranschaulichung: In Sachsen wurde seinerzeit die rechtsextreme Untergrundgruppe „Skinheads Sächsische Schweiz“ zerschlagen. Die 51 Mitglieder, die sich ein Waffen- und Sprengstoff-Arsenal zugelegt hatten, galten allesamt als *brave Bürger*, angesehene und gut *integrierte* Persönlichkeiten der Gemeinde, vom Handwerksmeister über den Bankkaufmann bis zum Gemeinderat, der, so der Bürgermeister, angeblich „nie durch radikale Ansichten aufgefallen sei“. Sie sind möglicherweise deshalb nicht aufgefallen, weil der Bürgermeister selbst die Auffassung teilte, das größte Problem der Gegend seien „die vielen illegalen Grenzüberschreiter“ (FAZ, 30.6.2000). Rechtsextreme Milieus und Gruppenstrukturen können so das soziale Terrain des öffentlichen Raumes im lokalen Bereich bestimmen. Dabei werden zwar subkulturelle, „rebellische“ Praktiken aufgegriffen. Doch oft stießen diese nur dann auf negative Sanktionen der Gesellschaft, wenn mittels unmittelbarer physischer Gewalt kriminell über die Stränge geschlagen wurde und das Ansehen des Ortes leidet.

3.2 *Ökonomisch-soziale Ursachen*

Die ökonomische Deregulierung und die neuen und schnellen Veränderungen am Arbeitsmarkt haben viele *Verlierer* hinterlassen und den sozial-ökonomischen Druck auf die Individuen erhöht. Solche Ohnmachts- und Abhängigkeitserfahrungen sind nicht „die“ Ursache des Rechtsextremismus, können aber die Bereitschaft zu rechtsextremer Orientierung und politischem Handeln gegen „das System“ verstärken. Diese sozialen Probleme sind nicht auf die fünf neuen Länder mit ihren besonders großen Transformations- und Arbeitslosigkeitsproblemen beschränkt, hier jedoch in besonderer Weise von Bedeutung.

Einem befreienden Aufbruch in die Wiedervereinigung folgte für allzu viele die Entfremdung. Dem falschen Versprechen seitens der Kohl-Regierung auf blühende Landschaften innerhalb weniger Jahre folgte eine soziale, politische und kulturelle Anomie. Die Währungsunion hatte buchstäblich über Nacht auch die geringen Chancen eines graduellen ökonomischen Übergangsprozesses unterbunden. Mit der Mark kam der Markt unter weitgehend westdeutschen Rahmenbedingungen. Der Markt regelte nicht alles, erst recht nicht eine Transformationsstrategie. Es brauchte Jahre, bis man dies durch vorsichtige und nicht zureichende wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Strategien nachzubessern versuchte.

Zehn Jahre danach, Ende 2000, ist lediglich ein Viertel der ehemaligen Arbeitsplätze geblieben. 69 Prozent der Arbeitsplatzbesitzer hatten innerhalb der Jahre 1990 und 1991 ihren bisherigen Arbeitsplatz verloren. Ihr Alters-, Arbeits-, Betriebs- und Sozialintegration, wie eng auch autoritär sie im Einzelnen gewesen sein mag, waren in einem Akt ökonomischer Revolution ausgeknipst worden. Noch 1998 konstatierte Helmut Schmidt, dass

dem Absturz Ost verständlicherweise eine Wahrnehmung psychischer Kolonialisierung entsprach. Über zwei Drittel bestätigten dies in verschiedenen Umfragen.

Der Versuch, Demokratie im Osten Deutschlands zu etablieren, hat zu Enttäuschungen und (latent ungerichteter) Wut geführt. Diese waren in der Lage, fremdenfeindliche Tendenzen und rechtsextreme Orientierungen mit dem Hinweis auf die Erfahrung sozialer Probleme zu verstärken wie auch nostalgische Gemeinschaftsideologien zu aktivieren, die auch die DDR idealisieren.

Nach dem kurzen „Rausch der Einheit“ dominierte Distanz zu Politik und/oder dem politischen System. Seit den frühen 1990er Jahren sehen sich kontinuierlich über zwei Drittel der ostdeutschen Bevölkerung in Distanz zu Politik – beträchtliche Teile unter ihnen auch zum politischen System als Ganzem. Der relativ geringen ökonomisch-politischen Kompetenz, insbesondere auf der kommunalen Ebene und der enormen apathischen Distanz beträchtlicher Teile der ostdeutschen Bevölkerung entsprechen von Soziologen wiederholt beobachtete, formal zwar funktionierende, de facto aber „entleerte“ demokratische Institutionen (vgl. Heitmeyer 1999). Dies erschwert es, autoritäre und fremdenfeindliche Dispositionen, die sich in der DDR stärker konserviert haben, anzugehen.

Anstatt verstärkter demokratischer Einbindung und demokratiepolitischer Bemühungen blieben so die fremdenfeindlichen Traditionen im Wesentlichen unangefochten und wurden alsbald als autoritär aggressives Ventil von allzu vielen genutzt. Jüngere Jugendstudien zum Rechtsextremismus (vgl. Sturzbecher 2000) machen klar, wie bedeutend soziale Ohnmachtserfahrungen neben der Grundfolie rassistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen für die Entfaltung des neuen Rechtsextremismus sind. Psychosoziale und soziale Ohnmachtserfahrungen können im Sinne einer negativen Ergänzungsreihe, einer Frustrations-Spirale zu Aufschaukelungserfahrungen von Willkür führen, die immer weniger verarbeitet werden können, erst recht, wenn in der Phase der Adoleszenz keine zureichenden alternativen politischen wie sozialen Angebote existieren. Sturzbecher (2000) hat nachgewiesen, dass die Erfahrungen der sozialen Transformation Ostdeutschlands zu einer erhöhten Verunsicherung und Belastung, auch zu erhöhten Konflikten und auch zu vermehrter Gewalt in den ostdeutschen Familien geführt hat. Auch das zentrale Ergebnis der Studie von Wetzels et al. aus dem Jahre 2000 verweist auf soziale Dimensionen: In dem Maße, in dem neben Erfahrungen autoritärer Erziehung auch Erfahrungen sozialer Apathie sowohl der Elterngeneration wie perspektivisch der Jugendgeneration verbreitet sind, verdichtet sich die Tendenz, mit „blinder“ Gewalt zwar nicht die Probleme zu lösen, aber Aggressionen auszudrücken.

3.3 *Das jeweilige aktuelle politische Klima*

Ein zentraler begünstigender Faktor des Rechtsextremismus ist das jeweilige aktuelle politische Klima. Nicht die *Tabuisierung* menschenfeindlicher Ansichten im öffentlichen Raum, sondern ihre Verbreitung und Tolerierung stärken rechtsextreme Tendenzen. In dem Maße, wie autoritäre, nationalistische und rassistische Auffassungen öffentlich legitim und in der Alltagskommunikation „normal“ erscheinen, sehen sich Rechtsextreme darin bestärkt, einen „Volkswillen“ zu vertreten, im Unterschied aber zu den *etablierten Eliten* radikalere Lösungen anzubieten. In der demokratischen Öffentlichkeit kursierende Neo-nationalistische Stichworte wurden von weiter rechts stehenden Gruppen und Parteien bereitwillig

aufgegriffen und verschafften diesen neue Legitimität für ihre antidemokratische Politik – auch nachdem die Verantwortung öffentlicher Debatte für die Revitalisierung rassistischer Gewalt nachgewiesen worden war (vgl. Funke 1993; Koopmans 1996). Gerade der Einwanderungsdiskurs in Deutschland hat(te) Auswirkungen auf die rechtsextreme Bewegung. Diese wurde durch rechten Populismus gefördert. Von 1990 bis zum Jahre 2000 fehlte es in der politischen Kultur Deutschlands an positiven Signalen gegenüber Einwanderern. Einwanderung wurde fast ausschließlich als Problem und Belastung, unter Aspekten von Kriminalität und „Überfremdung“ diskutiert. Davon profitierte der Rechtsextremismus entscheidend. Annäherung an rechtsextreme Inhalte und fremdenfeindliche Ressentiments ist die schlechteste Politik gegenüber dem Rechtsextremismus; vorübergehende Einbindungen rechtsextremer Kräfte und Potenziale sind meist von kurzer Dauer, dafür wird langfristig eine demokratiefeindliche Saat gesät.

4 Etablierungsprozess der subkulturellen rechtsextremen Bewegung

4.1 Resultat einer Interaktionsdynamik fremdenfeindlicher Einstellungstraditionen, sozialer Umbruchserfahrungen, etablierter Politik und rechtsextremer Agitation

Nachdem sich die Gewaltwelle Anfang der neunziger Jahre einmal etabliert hatte, wurde

„die weitere Entwicklung der Karriere des Asylthemas [...] in einem bedauerlich hohen Ausmaß vom Rhythmus der Gewalttaten einer kleinen rechtsradikalen Minderheit diktiert. [...] In überraschend starkem Maße wurde auch der Entscheidungsprozess von der Entwicklung der Gewalt beeinflusst. Sowohl bei der Initiierung wie bei der Entfaltung der rechten sozialen Gewaltbewegung hat damit die politische Elite, insonderheit die Bundesexekutive unter Helmut Kohl eine zentrale problemverschärfende Wirkung erzielt. Diese verschärfende Wirkung wuchs in dem Maße, in dem sich die Debatte hinzog und zentrales Thema blieb. Sie hatte ihren ideologischen Höhepunkt, als Helmut Kohl im Oktober 1992 vom ‚Staatsnotstand‘ durch Ausländer sprach. Damit waren für einen längeren Zeitraum optimale Bedingungen für eine Mobilisierung der radikalen Rechten um das Asylthema gegeben“ (Koopmans 1996).

Die etablierte Politik half der radikalen Rechten, das Asylthema als Mobilisierungs- und Gewaltgegenstand zu „entdecken“. Zuvor war ihre Gewalt weitgehend auf Auseinandersetzungen mit der autonomen Szene beschränkt oder äußerte sich als Jugend- oder Fußballrandale.

„Für die Welle der Gewalt gegen Asylbewerber und Ausländer war wahrscheinlich beides notwendig: Eine bereits mobilisierungsfähige rechte Jugendsubkultur, die noch auf der Suche nach einem medienwirksamen Thema war, das mit einer gewissen Sympathie in der Politik und der Bevölkerung rechnen konnte, und eine polarisierte politische Debatte zwischen kompromissunfähigen Kontrahenten, die der radikalen Rechten ein solches Thema verschaffte“ (ebd.).

Diese komplexen, psychosozialen, gesellschaftlichen und politischen Prozesse resultierten in einem Selbstlauf rechtsextremer „Jugendbewegung“. Die soziologischen Erhebungen zu

dieser sozialen Gegenwart in Brandenburg (Sturzbecher) und in Rostock (Wetzels) kamen Ende der 90er Jahre zu einem überraschend identischen Resultat.⁶

Nach mehr als 10 Jahren ist die rechtsextreme Bewegung weniger als bisher noch von sozialen Deprivationen und/oder sozialen Beschädigungen abhängig geworden: sie ist im antidemokratischen Lernprozess zu einem sozialen Faktum, zu einem Selbstläufer rechtsextremer Bewegungsformen geworden. Bewegung und Alltagskultur stützen sich gegenseitig, je nach Ortsumständen höchst unterschiedlich, aber im Ergebnis „erfolgreich“. Erst recht durch fremdenfeindliche Zeitgeistströmungen in Teilen der Bevölkerung. Es ist dieser Mainstream, aus dem heraus sich die jugendliche Gewalteskalation erneut zu legitimieren vermeint. In Gewaltcliquen bündelte sich die soziale und politisch-kulturelle Misere in den jeweiligen Regionen oder Stadtteilen.

Denn trotz subkulturell geprägter Organisationsformen (vom Rechtsrock über die Bomberjacke zur Cliquenbildung und zum Jugendzentrum als Treffpunkt) ist der Rechtsextremismus heute in vielen Regionen vornehmlich in Ostdeutschland Teil einer „Dominanzkultur“ (Rommelspacher 1995: 80): Rechts zu sein, rassistische Vorurteile gegen Immigranten und Fremde zu artikulieren beziehungsweise diese aus dem sozialen Zusammenhang (auch mit Gewalt) eliminieren zu wollen, stolz zu sein auf die *deutsche Herkunft*

6 Beide Studien – die brandenburgische wie die Rostocker – machen klar, dass Autoritarismus und fremdenfeindliche Einstellungen im sozialen Nahraum eine ideologische und mentale Basis für die Entwicklung rechtsextremer und gewaltaffiner Jugendkulturen bilden. Sie finden sich in gewaltbereiten Milieus von Gleichaltrigen der rechtsdominierten Szene, in der Gewaltdestruktion und Fremdenfeindlichkeit sich zu einem explosiven Gemisch verdichten. Dies wird ihrerseits durch Szenenetzwerke intern gestärkt und gestützt. Es erhält den sozialen Brennstoff durch schwerwiegende und anhaltende Erfahrungen sozialer Verunsicherung, im sozialdarwinistischen Kampf ums Überleben ausgeschlossen werden zu können und zugleich Erfahrungen der Ohnmacht durch gewalthaltige Erziehungsstile erlebt zu haben, die sie unter den gegenwärtigen Bedingungen von Schule und Freizeit nicht zureichend verarbeiten können. Damit sind „ideale“ Bedingungen für ein gewaltbereites fremdenfeindliches Milieu gegeben, das durch Gewalt zusammengehalten wird, nach einem Mehr an destruktiven Gewaltausbrüchen sucht und so auch nächste Generationen von Jugendlichen sozialisiert.

Die Brandenburg-Studie (Sturzbechers) zeigt, dass die dritte Jugendgeneration von Rechten innerhalb der letzten Dekade, die Generation der heute 12-14-jährigen nicht mehr im gleichen Maße durch elterliche Entwertungs- und Misshandlungserfahrungen als einer zentralen Bedingung in die rechte Szene rückt, sondern die rechten Szenenorientierungen in beträchtlichen Teilen Brandenburgs vor allem im nichtgymnasialen Bereich zum Selbstläufer geworden sind. Gleichwohl hängt nach wie vor Grad und Ausmaß der Integration in die rechte gewalttätige oder gewaltbereite Szene von Erfahrungen der Restriktion und Ohnmacht in Familie und Schule ab.

Über die Brandenburg-Studie hinaus zeigt die Rostock-Studie (Wetzels et al.), dass die dort genauer diskutierten einzelnen Ursachenfaktoren jeweils verstärkend wirken, als einzelne aber die rechte Gewaltbereitschaft nicht erklären können. Zu den fördernden Faktoren rechnen negative Abweisungserfahrungen im Elternhaus (bzw. Gewalt- und Misshandlungserfahrungen), Misserfolgserfahrungen aus der Herkunftsfamilie (als realistische Angsterfahrung), negative Bildungsaspirationen und Schulerfahrungen und pessimistische Zukunftserwartungen für Ausbildungs- und Arbeitsperspektive im sozialen Nahraum. Traumatische Angsterfahrungen im Elternhaus und realistische Angst vor sozialer Zukunft im sozialen Nahraum können den Griff zur Gewalt in der Clique entscheidend beeinflussen. Da diese Cliquen rechtsextrem codiert sind, ist es rassistische Gewalt, zu der sie greifen: gegen Feinde darf man sein. Reale gesellschaftliche Angst vor sozialem Ausschluss und traumatische Angsterfahrungen fusionieren in den Gruppen zum mobilisierten Gefühl der Paranoia, aus der heraus man schlägt. Es ist also weder allein die Realangst vor sozialem Ausschluss noch sind es allein die traumatischen Erfahrungen im Elternhaus, sondern beides zusammen, das sie für das rassistische Gewaltangebot disponieren. Die rechten Kader (Parteien) und Netzwerke haben damit besondere Chancen zur Instrumentalisierung dieser Jugendlichen, wenn Angst vor sozialem Ausschluss und Gewalterfahrung in den Herkunftsfamilien zusammenkommen. Diese geschädigten Kinder sind ideale Kandidaten für den Terror der Kameradschaften und die braune Identität von Kameradschaften und Jungen Nationaldemokraten